

Fünf vor Zwölf in der Klimapolitik

Mittwoch, 25. November 2015

Erschienen in: Politblog des
Tagesanzeigers

Artikel von GRÜNEN Co-Präsidentin
und Nationalrätin Regula Rytz

In diesem eindringlichen Text anlässlich der internationalen Klimakonferenz in Paris, warnte Regula Rytz davor, dass in der Klimapolitik häufig ein Graben zwischen Worten und Taten besteht. Die Folgekosten unseres Wohlstandes dürften nicht den Nachfolgenerationen aufgebunden werden. Wir als letzte Generation die etwas gegen den Klimawandel unternehmen kann sind gefordert. Mit Druck aus der Bevölkerung und dem umweltbewussten Teil der Wirtschaft müssen nun auch Taten folgen.

Am 30. November startet die internationale Klimakonferenz in Paris. Während die Verhandlungsdelegationen schöne Papiere vorbereiten, läuft uns die Zeit davon. Gemäss internationalem Klima-Rat bleiben rund 25 Jahre, um das Ruder herumzureissen. Dann ist das Zwei-Grad-Budget aufgebraucht. Eine Erderwärmung von zwei Grad würde bei uns in der Schweiz die Schneefallgrenze um 500 Meter steigen lassen. Das stellt nicht nur den Wintertourismus auf den Kopf, sondern wirkt sich auch auf die Vegetation und den Wasserhaushalt aus. Eine Kostprobe davon haben wir in diesem Hitzesommer erlebt, als durstige Kühe durch die Armee getränkt werden mussten. Steigen die Temperaturen weiter an, werden die Auswirkungen sehr viel drastischer sein. Und zwar nicht nur bei uns in der Schweiz, sondern vor allem in den südlichen Ländern. Der neuste Bericht der Weltbank zeigt, dass eine gescheiterte Klimapolitik die ärmsten Menschen in Afrika und Asien am härtesten trifft. Steigender Meeresspiegel, Dürren und Naturkatastrophen werden dort Millionen von Menschen aus ihrer Heimat vertreiben. Zu den Gewalt- und Armutflüchtlingen kommen in den nächsten Jahren also immer mehr Klimaflüchtlinge dazu. Menschen, denen wortwörtlich der Boden unter den Füssen weggezogen wird.

"Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel spürt", stellte US-Präsident Obama fest, "und die letzte, die etwas dagegen tun kann." Trotz dieser Einsicht besteht wenig Hoffnung, dass er in Paris viel erreichen kann. Seine republikanischen Gegner haben erbitterten Widerstand gegen alle Massnahmen angekündigt. Auch in der Schweiz stehen die Zeichen auf Sturm. Gleich dreifach ist die Klimapolitik hier unter Druck. Erstens hat der Bundesrat ein magersüchtiges Reduktionsziel festgelegt. Wenn er das vollständige Abschmelzen der Gletscher und schwere Umweltschäden wirklich verhindern will, muss er weitergehen und die Anstrengungen im Inland verdoppeln. Bis 2050 sollte auch die Befreiung von fossilen Energiequellen gelingen. „Die Schweiz muss auf Entzug“, bringt es Steffen Klatt, Redaktor der Unternehmer-Zeitung, in einem mutigen Artikel auf den Punkt. Denn wer sich nicht von der Droge Öl verabschiedet, lädt die Folgekosten unseres Wohlstandes den kommenden Generationen auf. So wie dies die Nachkriegsgenerationen bereits beim Atommüll getan haben.

Das sieht eigentlich auch Umweltministerin Doris Leuthard so. Auch sie betont immer wieder, dass sie die Schweiz aus dem fossilen Zeitalter herausführen will. Doch real macht sie genau das Gegenteil. Anstatt die steigenden CO₂-Emissionen des Verkehrs zu bekämpfen, rollt sie der europäischen Lastwagenflut mit dem Bau einer zweiten Gotthardröhre den roten Teppich aus. Dieser Graben zwischen Worten und Taten ist das zweite grosse Problem der Klimapolitik. Schwer wiegt auch das dritte Handicap: Falls in Paris tatsächlich ein neues internationales Klimaabkommen unterzeichnet

wird, muss es in die nationalen Gesetzgebungen überführt werden. In der Schweiz konkret in das CO₂-Gesetz, das 2016 revidiert werden soll. Nur der starke Druck aus der Bevölkerung und dem umweltbewussten Teil der Wirtschaft wird dazu führen, dass das nationale Parlament seine Hausaufgaben macht. So wird die Schweiz nicht darum herumkommen, einen angemessenen Beitrag in den globalen Klimaanpassungsfonds für die Entwicklungsländer zu leisten. Eine verursachergerechte Finanzierung ist mit einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffen und mehr Kostenwahrheit im Flugverkehr möglich. Das kostet etwas. Doch viel teurer wäre es, nichts zu tun.